

Höchstpreise vor dem Haushaltsausschuß

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat gestern über die Frage der Höchstpreise weiter verhandelt, aber Beschlüsse noch nicht gefaßt. Aus der Fülle der Klagen, Wünsche und Anregungen, die in dem Ausschuß zur Sprache kamen, können hier nur einzelne erwähnt werden:

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter führte aus, die Brotpreise in den einzelnen Bezirken seien zu verschieden, da müsse Wandel geschafft werden. Die Lederpreise seien ins Unglaubliche gestiegen, ohne daß es durch eine allzu große Verteuerung der Häute gerechtfertigt wäre. Bei Festsetzung der Lederhöchstpreise habe man Produzenten als Sachverständige gehört.

Ein Regierungsvertreter wies darauf hin, daß die seit dem 1. Dezember von der Militärverwaltung festgesetzten Lederhöchstpreise jetzt allmählich herabgesetzt werden können. Damit den Lederfabriken nicht ungemessene Verdienste zuschießen, erhebe die Militärverwaltung für jede Haut eine Abgabe, die dem Reiche zugute kommt.

Der Reichsschatzsekretär erklärte, daß das Reich nicht etwa große Einnahmen aus den Lederhöchstpreisen auf Kosten der Verbraucher erzielt habe. Ein anderer Regierungsvertreter sprach darüber, daß die Zentraleinkaufsstellen sich eine gewisse Menge von Reis sichern mußten, dessen Uebernahmepreis etwas unter dem Marktpreis stand. Um den legitimen Handel nicht zu schädigen, wurden denjenigen, die einen erhöhten Einstandspreis nachweisen, Nachzahlungen bewilligt.

Ein weiterer sozialdemokratischer Redner begründet den Antrag, die Versorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln (Kartoffeln, Fleisch und Fetten) durch Beschlagnahme, Rationierung und Höchstpreise zu organisieren. Der Antrag würde die Mißstimmung zwischen Erzeugern und Verbrauchern beseitigen und die Produktionsfreudigkeit steigern.

Der neue Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern bemerkte, daß die Kritik an der Verordnung vom 25. September 1915 ihm nicht berechtigt erscheine. Diese Verordnung gebe den Gemeinden so ausgiebige Rechte, daß ihre Anwendung allerdings viele Mißstände vermeiden können.

Ein konservativer Redner trat für möglichste Herabsetzung der Lederpreise ein. Der Kleinhandel werde vielfach dadurch geschädigt, daß die Höchstpreise sofort bei ihrer Verkündung in Kraft treten. Ein Zentrumsabgeordneter erklärte, daß die Ueberschüsse ein gutes Geschäft machten. Sie setzten den Mehl- und Brotpreis so hoch, daß Ueberschüsse erzielt werden, aus denen dann Armenlasten und Straßenhauten bestritten werden.

Der Reichsschatzsekretär erwiderte, daß derartige der Verordnung widersprechen würde, die bestimmt, daß die Lieferungsverbände die Preise nach der Richtschnur der Kostendeckung zu stellen hätten. Ueberschüsse müßten zur Verbesserung der Volksernährung verwandt werden.

Ein fortschrittlicher Redner erblickte in den Tatsachen, die der Zentrumsabgeordnete eingeführt hatte, ein Verlagen höherer Stellen der preussischen Zivilverwaltung. Allen diesen Mißständen würde die Annahme des fortschrittlichen Antrags abhelfen, der einheitliche Höchstpreise fordere. Die Gemeinden schnitten sich durch Festsetzung von Höchstpreisen häufig ins eigene Fleisch, es könne dahin kommen, daß dann die Fixtur aufhöre. Eine Spannung zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen müsse vorhanden sein, um die richtige Verteilung und Versorgung zu sichern. Die Geschäftspraktiken des Zentraleinkaufs seien zu mißbilligen, da die Erteilung der Einkaufserlaubnis davon abhängig gemacht werde, daß 50 v. H. des Rechnungsbetrages an den Zentraleinkauf abgeführt werden.

Ein Vertreter des Kriegsministers erklärte, daß der Kriegsminister das Mittel aus den verschiedenen ihm vorgetragenen Interessen ziehen müsse. Das Ziel der Kriegsverwaltung könne nur sein, den Heeresbedarf zu sichern und der Zivilbevölkerung das Leder so billig zukommen zu lassen wie möglich.

Ein Zentrumsabgeordneter erklärte, daß die Ueberschüsse der Lieferungsverbände für die Invalidenversorgung verwendet werden müßten, wodurch ein Interesse der Verbände an der Erzielung und Erzeugung von Ueberschüssen ausgeschaltet werde.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter meinte, es sei verkehrt, die Preise so hoch festzusetzen, daß nachher Abzüge zugunsten der Reichskasse gemacht werden. Dies sei eine indirekte Besteuerung, zu der die Einwilligung des Reichstages gehörte.

In der Nachmittagsitzung erklärte zuerst ein bayerischer Zentrumsabgeordneter die Abstufung der Schweinehöchstpreise für nicht angemessen. Er wies auf die Unzuträglichkeiten hin, die aus den Unterschieden zwischen den Höchstpreisen der einzelnen Landesteile entstehen.

Ein Sozialdemokrat bezeichnete es als nicht gerechtfertigt, daß aus befehlten Gebieten eingeführtes und zum Futtpreis 1914 übernommenes Leder unter die hohen Lederpreise falle. Für inländische Gerbstoffe seien Höchstpreise festzusetzen.

Der Reichsschatzsekretär wies darauf hin, daß jetzt die Abgabe an die Reichskasse beseitigt und die Lederpreise herabgesetzt seien. Ein fortschrittlicher Abgeordneter erkennt an, daß die Heeresverwaltung zunächst alles tun mußte, um den Lederbedarf des Heeres sicherzustellen; er hält aber die Einrichtung einer Reichsabgabe für unbedeutend. Der Redner begründet eine fortschrittliche Resolution betreffend die Verteilung der Futtermittel an die Viehzüchter, städtischen Milchwirtschafte, Geflügelzuchtanstalten und Mästereien, Verfassung der von den landwirtschaftlichen Betrieben erzeugten Futtermittel, soweit dies zur Erhaltung ihres Viehstandes erforderlich ist, Zuweisung von Gerste, angemessene Beteiligung des Großhandels in Düng- und Kraftfuttermitteln. Weiter wünscht die Resolution Aufhebung der Einschränkung des Zuderrübenbaus und Unterlassung jeder Erhöhung der Zuderpreise, beschleunigte Herstellung stickstoffhaltigen Kunstdüngers, Aufhebung des Zwanges, Weizenmehl mit Roggenmehl zu mischen, ausreichende und billige Herstellung von Kartoffelpräparaten zur Mehlstreckung, einheitliche Mehl-, Brot- und Butterhöchstpreise für größere Bezirke, Einführung von Fettkarten, Ersetzung der vollen Selbstkosten bei Beschlagnahme eingeführter Waren, Verbilligung des Verfahrens der Zentraleinkaufsgesellschaft und Freigabe und Verbilligung des für den Heeresbedarf nicht notwendigen Leders. Der Redner tadelt noch, daß alle Butter, auch wenn sie noch so minderwertig sei, als erste Sorte verkauft werde.

Der neue Unterstaatssekretär wies darauf hin, daß bei Festsetzung der Gemüsehöchstpreise bereits die Sachverständigen der Stadt Berlin gehört worden sind. Ein Regierungsvertreter betont, daß Fette und Öle am 11. November nach Anhörung der Sachverständigen beschlagnahmt wurden; die Uebernahmepreise blieben zwar um 30 v. H. hinter dem Marktpreis zurück, sie waren aber gerechtfertigt, weil die Produkte zum Teil schon vor Kriegsausbruch eingeführt wurden. Einzelne mögen geschädigt sein, aber sie haben früher schon hohe Verdienste gehabt. Nur so konnte es ermöglicht werden, den Margarinepreis für die minderbemittelte Bevölkerung auf angemessener Höhe zu erhalten. Nach dem 11. November eingeführte Fette und Öle fallen nicht unter die Höchstpreise, sie unterliegen allenfalls nur der Beschlagnahme.

Ein Zentrumsabgeordneter bemängelt die große Spannung zwischen Korn und Kleie, wodurch die Konsumenten geschädigt würden. Die Höchstpreise bei den Hülsenfrüchten im Kleinhandel seien zu hoch.

Die Weiterberatung wird Sonnabend vormittag fortgesetzt.